Erinnern, um zu sehen

Gedenkansprache von Petra Pau in der Gedenkstunde der Gesellschaft für Christlich-jüdische Zusammenarbeit Münster zum 9. November 1938 in der Synagoge Münster am 09. November 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Münster,

liebe Freundinnen und Freunde,

ich danke Ihnen für die Einladung, heute am 9. November hier in der Synagoge zu Ihnen sprechen zu dürfen.

Ich habe eine Weile gebraucht, bevor ich auf die Anfrage des Vorstandes der GCJZ geantwortet und mich entschlossen habe, diese Herausforderung anzunehmen. Nicht, weil ich an der Bedeutung dieses Tages zweifle. Sondern, weil ich weiß, wie viele Menschen sich seit Jahrzehnten mit den Ereignissen des 9. und 10. November 1938, mit der Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland und mit den Konsequenzen der nationalsozialistischen Verbrechen beschäftigen. Viele von ihnen haben vor mir an dieser Stelle gesprochen.

Was kann ich hinzufügen?

Ich möchte heute nicht versuchen, die Ereignisse des 9. und 10. November 1938 vollständig nachzuerzählen. Ich möchte auch keine Bilanz meiner politischen Arbeit ziehen. Ich möchte vielmehr von einem Gedanken ausgehen, der mich bei der Vorbereitung begleitet hat:

Erinnern, um zu sehen.

Was sehen wir, wenn wir uns erinnern? Was erkennen wir, was uns ohne Erinnerung vielleicht entgeht? Und woran müssen wir uns erinnern, damit wir in der Gegenwart nicht wegsehen?

Diese Fragen haben auch mit meinem eigenen Lebensweg zu tun. Ich bin in der DDR aufgewachsen, habe die Friedliche Revolution erlebt, war fast 27 Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und davon lange Zeit Vizepräsidentin. Seit Jahrzehnten beschäftige ich mich mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Seit 2020 bin ich Vorsitzende des Kuratoriums der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum.

Das sind unterschiedliche Erfahrungen und Aufgaben. Verbunden sind sie für mich durch eine Überzeugung: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Und Erinnerung kann Verantwortung nicht ersetzen.

I. Eine Synagoge erzählt mehr als ihre Zerstörung

Wenn wir heute an den 9. November 1938 erinnern, dürfen wir nicht erst bei der

Zerstörung eines Gotteshauses, in diesem Fall der Synagoge von Münster, beginnen.

Die Geschichte jüdischen Lebens in Münster ist älter als die Geschichte der nationalsozialistischen Verfolgung. Sie erzählt von Menschen, die sich in dieser Stadt niederließen, eine Gemeinde bildeten, religiöses Leben organisierten und um ihren Platz in der Gesellschaft rangen.

Im 19. Jahrhundert entstand in der Loerstraße eine Synagoge. Als die Gemeinde wuchs, wurde ein neuer Standort gesucht. An der Klosterstraße entstand schließlich ein größeres Gotteshaus, das 1880 eingeweiht wurde.

Man muss sich diesen Vorgang vergegenwärtigen: Eine jüdische Gemeinde investierte in ihre Zukunft. Sie schuf einen Ort für Gebet, Gemeinschaft und religiöse Tradition. Die Synagoge war Teil des städtischen Lebens und Ausdruck des Anspruchs, als jüdische Gemeinde selbstverständlich in Münster zu Hause zu sein.

In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurde diese Synagoge im Zuge des antijüdischen Staatsterrors zerstört.

Der antijüdische Staatsterror vom November 1938 war kein spontaner Ausbruch unkontrollierbarer Gewalt. Die nationalsozialistische Führung setzte ihn zentral in Gang und lenkte ihn. Synagogen brannten, jüdische Geschäfte wurden verwüstet, Menschen misshandelt, verhaftet und ermordet. Jüdische Bürgerinnen und Bürger wurden öffentlich gedemütigt. Vieles geschah vor den Augen ihrer Nachbarn.

Die Zerstörung der Synagoge war mehr als die Zerstörung eines Gebäudes. Sie war ein Angriff auf eine Gemeinde, auf Religion, auf Zugehörigkeit und auf das Recht, in dieser Stadt jüdisch zu leben.

Aber auch danach endete die Geschichte der Münsteraner Gemeinde nicht.

Nach der Zerstörung fanden Gottesdienste in einem Betsaal der Marks-Haindorf-Stiftung am Kanonengraben 4 statt. Nach der Schoah wurde jüdisches Gemeindeleben unter schwierigen Bedingungen wieder aufgenommen. Am 12. März 1961 wurde die neue Synagoge eingeweiht.

Zwischen der Zerstörung und dieser Einweihung liegen Verfolgung, Ermordung, Flucht, Verlust und die Erfahrung, dass ein großer Teil des jüdischen Lebens in Deutschland ausgelöscht worden war.

Und doch ging jüdisches Leben weiter. Menschen hielten Gottesdienste, suchten Gemeinschaft, bewahrten Traditionen und bauten neu auf.

Ich spreche heute in diesem Gebäude. Es verbindet die Erinnerung an die Zerstörung mit dem Neubeginn nach der Schoah und mit der Gegenwart einer jüdischen Gemeinde.

Das ist keine bloße historische Kulisse. Es stellt eine Frage an uns: Was bedeutet es, wenn jüdisches Leben nach seiner systematischen Verfolgung und weitgehenden Vernichtung wieder sichtbar wird? Was folgt daraus für die Stadt, für die Gesellschaft, für den Staat – und für jede und jeden Einzelnen?

Jüdisches Leben darf in Deutschland nicht nur als Erinnerung an das erscheinen,

was einmal war. Es muss als lebendige Gegenwart selbstverständlich sein.

Dazu passt, dass ich heute vor der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit spreche. Ihre Arbeit steht für die Einsicht, dass die Geschichte christlicher und jüdischer Beziehungen nicht mit einer gemeinsamen Veranstaltung oder einem jährlichen Gedenken aufgearbeitet ist. Sie verlangt Begegnung, die Bereitschaft, Vorurteile zu erkennen, und die Konsequenz, antisemitischen Äußerungen und menschenfeindlichen politischen Forderungen entgegenzutreten.

Diese Aufgabe ist nicht erledigt. Sie beginnt immer wieder neu.

II. Eine Ruine in Ost-Berlin

Ich bin in Ost-Berlin aufgewachsen. Die Neue Synagoge in der Oranienburger Straße kenne ich noch als Ruine.

Sie war ein sichtbares Zeugnis der Zerstörung jüdischen Lebens in Berlin. Zugleich war sie ein Zeugnis dafür, wie eine Gesellschaft mit dieser Vergangenheit umging – und was sie sichtbar machte, was sie verschwieg und was sie lieber nicht zum Gegenstand einer offenen Auseinandersetzung werden ließ.

1988 wurde die Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum ins Leben gerufen. Mit einer symbolischen Grundsteinlegung begannen die Arbeiten an der Sicherung und teilweisen Wiederherstellung des Gebäudes. Ein sichtbarer Teil der früheren Synagoge wurde im Mai 1995 der Öffentlichkeit übergeben. Ich sehe diesen Vorgang heute differenzierter als damals.

Die SED-Führung handelte nicht ausschließlich aus lauteren Motiven einer vorbehaltlosen Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit und der Verantwortung gegenüber jüdischem Leben. Auch außenpolitische Interessen und das Bedürfnis, die eigene antifaschistische Legitimation zu unterstreichen, gehörten in den politischen Zusammenhang.

Ich möchte damit nicht die Bedeutung des Ortes oder die Arbeit der Menschen schmälern, die sich für seine Wiederherstellung einsetzten. Aber ich möchte auch nicht so tun, als wäre die offizielle Erinnerungspolitik der DDR frei von Widersprüchen gewesen.

Die DDR bezeichnete sich als antifaschistischer Staat. Sie berief sich auf den Widerstand gegen Hitler und auf die Tradition derjenigen, die gegen den Nationalsozialismus gekämpft hatten. Das war nicht vollständig erfunden. Es gab Menschen, die Widerstand leisteten und dafür mit ihrem Leben bezahlten. Ihre Geschichten verdienen Erinnerung.

Aber eine staatlich verordnete antifaschistische Erzählung ist noch keine umfassende Auseinandersetzung mit der Vergangenheit.

Die besondere Geschichte der Verfolgung und Ermordung der europäischen Jüdinnen und Juden wurde häufig einer allgemeinen Erzählung vom antifaschistischen Widerstand untergeordnet. Die Rolle der deutschen Gesellschaft, die alltägliche Ausgrenzung und die Verantwortung derjenigen, die nicht selbst Täter

waren, aber zusahen, blieben dabei vielfach im Schatten.

Das gehört zu meinen Erfahrungen aus dem Osten. Ich möchte sie nicht verallgemeinern und schon gar nicht die unterschiedlichen Lebensgeschichten in Ost und West auf eine einfache Formel bringen. Aber ich habe gelernt, dass eine Gesellschaft sich ihrer Vergangenheit nicht dadurch entledigt, dass sie sich die richtigen Begriffe gibt.

Nach der Friedlichen Revolution und der deutschen Einheit setzte ich mich mit anderen Erfahrungen und Erinnerungstraditionen auseinander. Ich lernte neue Perspektiven kennen, und ich begann, auch meine eigenen politischen Gewissheiten genauer zu prüfen.

Dazu gehörte eine Erkenntnis, die ich nicht auslassen möchte: Auch mein Blick auf Antisemitismus war zunächst enger, als er heute ist.

Ich hatte Antisemitismus vor allem rechts verortet. Dafür gab und gibt es gute Gründe: Rechtsextreme Ideologien, rassistische Verschwörungserzählungen und die Verherrlichung des Nationalsozialismus sind eine massive Gefahr für jüdisches Leben. Aber diese Erkenntnis allein reicht nicht.

Ich musste lernen, genauer hinzusehen: auf Antisemitismus in der gesellschaftlichen Mitte, auf religiös begründete Judenfeindschaft, auf islamistischen Antisemitismus und auch auf antisemitische Vorstellungen in linken politischen Milieus.

Das war kein einmaliger Erkenntnismoment. Es war und ist ein Lernprozess.

Ich halte es für wichtig, das zu sagen. Denn wer Antisemitismus bekämpfen will, darf sich nicht einreden, er habe ihn bereits vollständig verstanden. Wer glaubt, die eigene politische Überzeugung schütze ihn vor blinden Flecken, macht es sich zu leicht.

Die Bereitschaft, die eigene Wahrnehmung zu überprüfen, ist kein Zeichen von Beliebigkeit. Sie ist Voraussetzung für eine glaubwürdige Haltung.

III. Was die Neue Synagoge für mich bedeutet

Wenn ich heute an die Neue Synagoge in der Berliner Oranienburger Straße denke, sehe ich nicht nur die Ruine, die ich aus meiner Jugend kenne.

Ich sehe einen Ort, an dem sich Zerstörung, Erinnerung und Neubeginn miteinander verbinden. Nach der Sicherung und teilweisen Wiederherstellung wurde 1995 das Centrum Judaicum eröffnet. Heute ist es ein Ort, an dem jüdische Geschichte vermittelt, erforscht und in ihrer Vielfalt sichtbar wird.

Seit 2020 darf ich dem Kuratorium der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum vorsitzen. Diese Aufgabe ist für mich besonders, weil sie die Geschichte der Berliner Jüdinnen und Juden mit den Brüchen der deutschen Geschichte und mit der Frage nach der Zukunft jüdischen Lebens in diesem Land verbindet.

Ein wiederhergestelltes Gebäude macht das Zerstörte nicht ungeschehen. Es gibt den Ermordeten ihr Leben nicht zurück. Es ersetzt keine Familien, keine Gemeinden

und keine unwiederbringlich verlorenen Lebenswelten.

Aber es kann sichtbar machen, dass die nationalsozialistischen Täter nicht das letzte Wort behalten sollen.

Ein solcher Ort ist deshalb nicht nur ein Ort des Gedenkens. Er ist auch ein Ort der Gegenwart. Hier wird Geschichte erzählt, hier wird geforscht und gestritten, hier wird jüdisches Leben als Teil der deutschen Geschichte und Gegenwart sichtbar.

Und doch bleibt eine Frage: Was bedeutet diese Sichtbarkeit außerhalb des Gebäudes? Was bedeutet sie in Schulen, auf Straßen, in Behörden, in Parlamenten und im alltäglichen Umgang miteinander?

Eine Gesellschaft kann bedeutende Gedenkstätten besitzen und zugleich Schwierigkeiten haben, jüdische Menschen in ihrer unmittelbaren Gegenwart zu schützen. Sie kann feierliche Gedenkveranstaltungen abhalten und gleichzeitig antisemitische Äußerungen dulden. Sie kann erklären, dass jüdisches Leben zu Deutschland gehört, und dennoch Situationen hinnehmen, in denen jüdische Menschen ihre Zugehörigkeit ständig rechtfertigen müssen.

Das ist ein Widerspruch, den wir nicht hinnehmen dürfen.

Erinnerung ist kein Schutzschild, hinter dem sich eine Gesellschaft vor den Fragen der Gegenwart verstecken kann.

IV. Antisemitismus hat viele Erscheinungsformen

Meine politische Arbeit führte mich immer wieder zu der Frage, wie eine Demokratie mit ihren Gefährdungen umgeht. Im Bundestag habe ich mich mit Rechtsextremismus, rassistischer Gewalt und den Versäumnissen staatlicher Institutionen beschäftigt. Als Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss habe ich erfahren, wie tief die Folgen rechten Terrors reichen und wie sehr Betroffene und Angehörige darum kämpfen müssen, dass ihnen zugehört wird und dass ihnen Gerechtigkeit widerfährt.

Diese Erfahrungen haben meinen Blick geschärft. Sie haben mich aber auch gelehrt, dass es nicht genügt, nur die Gefahr zu erkennen, auf die man bereits eingestellt ist.

Antisemitismus ist keine einheitliche politische Erscheinung. Seine Formen haben sich historisch verändert, überlagern sich und treten in unterschiedlichen Milieus auf.

Der christliche Antijudaismus hat eine lange Geschichte. Über Jahrhunderte wurden Jüdinnen und Juden durch christliche Lehren, Bilder und gesellschaftliche Praktiken ausgegrenzt und verfolgt. Die Vorstellung, Juden trügen kollektiv Schuld am Tod Jesu, religiöse Abwertung und die Konstruktion einer feindlichen jüdischen Gegenfigur prägten das europäische Denken weit über einzelne Kirchen hinaus. Der moderne rassistische Antisemitismus entstand in einem anderen historischen Zusammenhang, konnte aber an ältere Feindbilder anknüpfen.

Diese Geschichte verpflichtet auch christliche Kirchen und christliche Gesellschaften zur Auseinandersetzung mit den eigenen Traditionen. Es geht nicht darum, heutige Christinnen und Christen pauschal verantwortlich zu machen. Es geht darum, zu

erkennen, wie lange tradierte Bilder und Vorurteile fortwirken können – auch dann, wenn ihre religiösen oder gesellschaftlichen Ursprünge nicht mehr offen vertreten werden.

Antisemitismus findet sich außerdem in der gesellschaftlichen Mitte. Er ist nicht allein ein Randphänomen extremistischer Gruppen. Verschwörungsmythen, die Vorstellung jüdischer Macht oder die Zuschreibung kollektiver Verantwortung für gesellschaftliche Krisen können auch dort auftauchen, wo Menschen sich selbst als aufgeklärt und demokratisch verstehen.

Rechtsextremer Antisemitismus bleibt eine besonders gefährliche Kraft. Die nationalsozialistische Ideologie, die Verherrlichung Hitlers, die Relativierung der Schoah und die Vorstellung, Jüdinnen und Juden seien für gesellschaftliche Probleme verantwortlich, sind nicht Vergangenheit. Sie werden politisch verbreitet, modernisiert und mit neuen Medien weitergetragen.

Auch islamistischer Antisemitismus ist eine reale Gefahr. Er muss klar benannt und bekämpft werden, ohne Menschen pauschal aufgrund ihrer Herkunft oder Religion unter Verdacht zu stellen. Entscheidend sind Ideologien, Äußerungen und Handlungen – nicht eine zugeschriebene Gruppenzugehörigkeit.

Und schließlich gibt es Antisemitismus in linken politischen Zusammenhängen.

Ich spreche darüber auch deshalb, weil ich selbst Teil der LINKEN bin und war und weil ich weiß, dass eine politische Haltung nicht glaubwürdiger wird, wenn sie die eigenen Widersprüche verschweigt.

Antisemitismus wird nicht dadurch weniger gefährlich, dass er aus dem eigenen politischen Milieu kommt. Er wird nicht dadurch akzeptabel, dass diejenigen, die ihn äußern, sich auf eine vermeintlich gute Sache berufen. Und er verschwindet nicht dadurch, dass man ihn anders bezeichnet.

Das gilt für antisemitische Vorstellungen, die sich als Antizionismus ausgeben, für die Dämonisierung Israels, für die Infragestellung seines Existenzrechts und für die Zuschreibung kollektiver Verantwortung an Jüdinnen und Juden für das Handeln der israelischen Regierung.

Selbstverständlich müssen politische Entscheidungen einer israelischen Regierung kritisierbar sein. Aber Kritik an Regierungspolitik und Antisemitismus sind nicht dasselbe. Wer sie auseinanderhalten will, muss genau hinschauen. Wer sie bewusst vermischt, verfehlt entweder die politische Kritik oder verharmlost Antisemitismus.

Ich sage das nicht, um politische Lager pauschal gleichzusetzen. Das würde den unterschiedlichen historischen Zusammenhängen und konkreten Erscheinungsformen nicht gerecht. Es geht vielmehr um einen Maßstab, der für alle gelten muss.

Wer Antisemitismus bekämpfen will, darf nicht nur dort hinschauen, wo er bei den politischen Gegnern auftritt.

Das kann Konflikte auslösen. Es kann bedeuten, Menschen zu widersprechen, mit denen man in vielen anderen Fragen übereinstimmt. Es kann schmerzhaft sein, wenn man sich mit den eigenen politischen Freunden auseinandersetzen muss.

Aber eine Haltung, die nur gilt, solange sie nichts kostet, ist keine verlässliche Haltung.

V. Wenn jüdische Kinder ihre Schulen verlassen

Es gibt einen Satz, der mich besonders beschäftigt: Jüdische Schülerinnen und Schüler verlassen Schulen in Berlin, weil sie den Antisemitismus dort nicht mehr aushalten.

Ich möchte nicht über diese Kinder sprechen, als wären sie ein Beispiel in einer politischen Debatte. Es sind junge Menschen. Sie haben das Recht zu lernen, Freundschaften zu schließen und sich zu entwickeln, ohne ihre Religion oder ihre Herkunft ständig erklären zu müssen. Sie haben das Recht, in ihrer Schule sicher zu sein.

Wenn jüdische Kinder eine Schule verlassen, weil sie Antisemitismus nicht mehr ertragen, ist das mehr als ein Problem des Schulklimas. Es zeigt, dass der Anspruch auf Gleichberechtigung und die Wirklichkeit auseinanderliegen.

Und wir dürfen nicht so tun, als sei diese Situation plötzlich entstanden. Die Entwicklung hat eine Vorgeschichte. Politisch Verantwortliche auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Regierungsperioden haben zu lange nicht ausreichend dafür gesorgt, dass antisemitische Vorfälle erkannt, ernst genommen und wirksam bekämpft werden. Es gab Erklärungen, Programme und Maßnahmen. Aber zwischen politischen Bekenntnissen und dem Alltag betroffener Kinder klafft weiterhin eine Lücke.

Was bedeutet es für eine Demokratie, wenn Kinder und Jugendliche den Eindruck gewinnen, sie müssten sich verbergen oder ihre Umgebung verlassen, um sicher zu sein?

Was bedeutet es, wenn Eltern abwägen müssen, ob sie ihre Kinder an einer öffentlichen Schule lassen können? Wenn jüdische Familien überlegen, ob sie ihre Religion offen zeigen, eine Kippa tragen oder ihre Kinder an jüdischen Aktivitäten teilnehmen lassen können?

Wir sollten uns nicht mit der Antwort zufriedengeben, es handele sich um einzelne Vorfälle. Jeder einzelne Vorfall betrifft einen Menschen. Und wenn sich solche Erfahrungen häufen, müssen wir fragen, was in unserem Zusammenleben schiefläuft.

Antisemitismus beginnt nicht erst dort, wo jemand zuschlägt oder eine Synagoge angreift. Er zeigt sich auch in Verschwörungsmythen, in der Herabwürdigung jüdischer Menschen, in der Leugnung ihrer Erfahrungen und in der Vorstellung, sie müssten für das Handeln eines Staates oder für politische Konflikte kollektiv Verantwortung übernehmen.

Er zeigt sich dort, wo jüdische Menschen nicht als Individuen wahrgenommen werden, sondern als Stellvertreter für etwas, das ihnen zugeschrieben wird.

Er zeigt sich auch dort, wo Menschen, die Antisemitismus benennen, nicht ernst

genommen oder selbst zum Problem erklärt werden.

Die Antwort darauf kann nicht allein aus Appellen bestehen. Schulen brauchen Unterstützung und klare Verfahren. Lehrkräfte müssen vorbereitet sein, antisemitische Vorfälle zu erkennen und ihnen entgegenzutreten. Betroffene müssen wissen, dass sie Unterstützung erhalten. Verantwortliche dürfen Vorfälle nicht verharmlosen, weil die Auseinandersetzung schwierig ist oder weil sie Konflikte fürchten.

Und wir alle müssen genauer hinsehen.

Ein jüdisches Kind, das seine Schule verlassen muss, macht sichtbar, dass unsere demokratischen Versprechen noch nicht eingelöst sind.

Es reicht nicht, am 9. November zu erklären, dass jüdisches Leben zu Deutschland gehört. Wir müssen dafür sorgen, dass jüdische Kinder am 10. November, am 10. Dezember und an jedem anderen Schultag ohne Angst zur Schule gehen können.

VI. Auch an den Hochschulen geht es um Zugehörigkeit

Die Erfahrungen jüdischer Schülerinnen und Schüler enden nicht mit dem Schulabschluss.

Jüdische Studierende berichten von antisemitischen Schmierereien, Bedrohungen und Ausgrenzung an Hochschulen. Manche verbergen ihre jüdische Identität. Andere wählen Seminare danach aus, wo sie sich sicher fühlen, oder ziehen sich aus bestimmten Fachbereichen und aus dem Hochschulleben zurück.

Das sind nicht bloß individuelle Belastungen. Wenn Studierende ihre Lernorte danach auswählen müssen, wo sie möglichst wenig Anfeindungen erwarten, ist ihre Freiheit bereits eingeschränkt.

Hochschulen sind Orte des Wissens, des offenen Streits und der Freiheit von Forschung und Lehre. Diese Freiheit ist aber nicht gewährleistet, wenn jüdische Studierende Angst haben müssen, ihre Identität zu zeigen oder sich an Diskussionen zu beteiligen.

Auch hier hat sich die Lage nicht über Nacht entwickelt. Seit Jahren wird über Antisemitismus an Hochschulen diskutiert. Es gibt engagierte Lehrende und Studierende, Initiativen und Ansprechpersonen. Zugleich fehlen vielerorts klare Verfahren, Verantwortlichkeiten und die Bereitschaft, Konflikte rechtzeitig und transparent anzugehen.

Es reicht nicht, eine Antisemitismusbeauftragte oder einen Antisemitismusbeauftragten zu benennen, wenn die betreffende Person nicht ausreichend qualifiziert ist, keine Handlungsmöglichkeiten besitzt oder Betroffene sich nicht auf sie verlassen können. Es reicht auch nicht, auf Wissenschafts- und Meinungsfreiheit zu verweisen, wenn jüdische Studierende faktisch nicht frei studieren können.

Die Freiheit der Wissenschaft ist kein Schutzschild für Einschüchterung. Und der Schutz vor Antisemitismus darf nicht als Gegensatz zur offenen Debatte dargestellt

werden.

Die jüngsten Vorgänge in Halle haben diese Widersprüche erneut sichtbar gemacht. Bei einer Gedenkveranstaltung zum antisemitischen Anschlag auf die Synagoge wollten Vertreter der Jüdischen Studierendenunion verhindern, dass ein rechtsextremer Politiker an der Gedenkfeier teilnimmt. Danach berichteten Studierendenvertreter von verstärkten Anfeindungen und Morddrohungen. Wegen möglicher Beleidigungen war zunächst polizeilich ermittelt worden; die Staatsanwaltschaft stellte diese Ermittlungen am 6. November 2026 ein.

Ich will hier nicht jede Einzelheit dieses Konflikts abschließend bewerten. Aber ich finde, dass wir die entscheidenden Fragen nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Was bedeutet ein Gedenken an die Opfer eines antisemitischen Anschlags? Wer muss dort geschützt werden? Wie gehen wir mit dem Auftreten eines Politikers um, dessen politische Umgebung und Rhetorik von vielen Jüdinnen und Juden als Bedrohung wahrgenommen werden? Und wie reagieren wir, wenn diejenigen, die sich gegen eine solche Präsenz wehren, anschließend selbst bedroht werden?

Es wäre zu einfach, aus diesem Vorgang eine bequeme Geschichte mit eindeutig verteilten Rollen zu machen. Aber ebenso falsch wäre es, die Bedrohungen jüdischer Studierender hinter einer allgemeinen Debatte über politische Umgangsformen verschwinden zu lassen.

Wir müssen beides ernst nehmen: demokratische Regeln und den Schutz jüdischen Lebens. Und wir müssen fragen, warum jüdische Studierende immer wieder in die Lage geraten, selbst für ihre Sicherheit und für die Bedeutung des Gedenkens eintreten zu müssen.

Die Verantwortung dafür darf nicht auf die Betroffenen abgeschoben werden.

VII. Was heißt es, verlässlich verbunden zu sein?

Ich möchte an dieser Stelle zu einer grundsätzlichen Frage kommen.

Was bedeutet es, sich als Verbündete jüdischen Lebens zu verstehen?

Für mich heißt das nicht, immer einer Meinung zu sein oder jede Kontroverse zu vermeiden. Es heißt, zuzuhören, Erfahrungen ernst zu nehmen und dort zu widersprechen, wo Menschen herabgewürdigt oder bedroht werden.

Es heißt, nicht erst dann aufzutreten, wenn die eigene Haltung Beifall findet. Es heißt, sich auch mit den Widersprüchen der eigenen politischen Biografie auseinanderzusetzen. Und es heißt, nicht zu schweigen, wenn Antisemitismus dort sichtbar wird, wo man ihn am liebsten nicht sehen möchte.

Gedenken allein ist noch keine Verbundenheit. An Gedenkveranstaltungen teilzunehmen, Reden zu halten und die richtigen Sätze zu sagen, reicht nicht. Verbundenheit mit jüdischen Menschen und ihren Gemeinden muss sich im Alltag bewähren: in unserer Haltung, in unseren Entscheidungen und in unserem Handeln.

Auch dann, wenn es unbequem wird. Auch dann, wenn wir uns mit Menschen auseinandersetzen müssen, mit denen wir uns sonst verbunden fühlen. Und

manchmal auch dann, wenn wir mit unserer Haltung zunächst alleinstehen.

Ich habe über viele Jahre politische Verantwortung getragen. Ich weiß, dass politische Arbeit Kompromisse verlangt und gesellschaftliche Veränderungen selten geradlinig verlaufen. Aber es gibt Grundsätze, die nicht zur Verhandlungsmasse werden dürfen.

Die Würde eines Menschen ist ein solcher Grundsatz. Das Recht jüdischer Menschen, in Deutschland sicher und sichtbar zu leben, ist ein solcher Grundsatz. Die klare Zurückweisung von Antisemitismus ist ein solcher Grundsatz.

Das muss sich im Handeln zeigen: in Schulen, in Verwaltungen, in Parlamenten, in Parteien, in Medien und im alltäglichen Umgang miteinander.

Es bedeutet auch, dass politische Verantwortung nicht an den Grenzen einer Legislaturperiode endet. Wenn jüdische Kinder über Jahre hinweg Ausgrenzung erleben und jüdische Studierende ihre Hochschulen als unsicher erfahren, dann genügt es nicht, nach jedem neuen Vorfall Betroffenheit zu äußern. Dann müssen Verantwortliche überprüfen, warum Maßnahmen nicht greifen, wo Institutionen versagen und was sich ändern muss.

Die jüdische Gemeinschaft darf nicht immer wieder erklären müssen, warum sie Schutz, Anerkennung und Unterstützung braucht. Wir müssen ihr zuhören, bevor sie erneut alarmieren muss.

Und wir müssen verstehen, dass jüdisches Leben nicht nur Schutz braucht. Es braucht Raum, Sichtbarkeit und Selbstverständlichkeit.

Jüdinnen und Juden sind nicht bloß Betroffene von Diskriminierung. Sie sind Menschen mit unterschiedlichen Lebensentwürfen, religiösen Praktiken, Überzeugungen und politischen Ansichten. Sie gestalten diese Gesellschaft mit. Sie sind nicht nur Teil unserer Erinnerung, sondern auch Teil unserer gemeinsamen Gegenwart und Zukunft.

VIII. Erinnern, um zu sehen

Ich komme noch einmal auf den Titel meiner Ansprache zurück: „Erinnern, um zu sehen“.

Erinnerung richtet den Blick zurück. Aber sie darf ihn nicht dort festhalten.

Wenn wir auf die Geschichte der Synagoge in Münster schauen, sehen wir eine Gemeinde, die einen Ort für ihr religiöses Leben geschaffen hat. Wir sehen die Zerstörung dieses Ortes durch antisemitische Gewalt. Wir sehen, dass jüdisches Leben nach der Schoah unter schwierigen Bedingungen weitergeführt wurde und dass 1961 eine neue Synagoge eingeweiht werden konnte.

Wenn ich an die Neue Synagoge in Berlin denke, denke ich an ein Gebäude, das ich noch als Ruine kenne und das Teil meiner eigenen Erinnerung ist. Ich sehe zugleich einen Ort, an dem heute jüdische Geschichte und Gegenwart vermittelt werden. Und ich sehe, wie sich meine eigene Wahrnehmung verändert hat – wie ich gelernt habe, politische Motive differenzierter zu beurteilen und Antisemitismus in

unterschiedlichen Zusammenhängen zu erkennen.

Wenn ich auf meinen politischen Weg zurückblicke, sehe ich, wie viel sich in Deutschland verändert hat. Ich sehe aber auch, wie viel Arbeit weiterhin notwendig ist, damit Demokratie und Menschenrechte nicht nur auf dem Papier stehen.

Und wenn ich heute auf die Gegenwart schaue, sehe ich jüdische Menschen, die ihre Religion leben, Gemeinden aufbauen, Kultur gestalten, Wissen vermitteln und selbstverständlich Teil unserer Gesellschaft sind. Ich sehe aber auch Menschen, die bedroht werden, die sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen oder ihre Kinder aus Schulen nehmen, weil sie sich nicht mehr sicher fühlen.

Beides gehört zur Wirklichkeit. Und wir dürfen nicht zulassen, dass das eine das andere unsichtbar macht.

Es wäre falsch, jüdisches Leben in Deutschland nur durch die Brille des Antisemitismus wahrzunehmen. Es wäre ebenso falsch, Antisemitismus als ein Problem der Vergangenheit oder als Problem ausschließlich anderer politischer Milieus zu behandeln.

Erinnerungskultur muss mehr sein als Trauer und moralische Selbstvergewisserung. Sie muss historische Urteilskraft fördern. Sie muss erklären, wie Ausgrenzung gesellschaftlich möglich wird, wie Vorurteile zu politischen Handlungen führen und wie Institutionen versagen können.

Sie muss fragen, wer Menschen zu Opfern machte, wer davon profitierte, wer wegsah und wer sich widersetzte. Und sie muss deutlich machen, dass Demokratie und Menschenrechte keine Naturgesetze sind.

Dabei dürfen wir die Gegenwart nicht mit dem Jahr 1938 gleichsetzen. Die historischen Situationen sind verschieden. Wer sie gleichsetzt, verwischt Unterschiede und erschwert das Verständnis der Geschichte.

Aber die Tatsache, dass die Situationen verschieden sind, entbindet uns nicht von der Verantwortung, heutige Entwicklungen ernst zu nehmen.

Wir müssen nicht behaupten, dass alles wieder so wird wie damals, um gegen Antisemitismus, Rassismus und Demokratiefeindlichkeit einzutreten. Wir müssen nicht warten, bis die Gefahr unübersehbar ist.

Die Frage lautet nicht, ob sich Geschichte exakt wiederholt. Die Frage lautet, ob wir aus ihr gelernt haben, Warnzeichen rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzutreten.

Ich möchte deshalb zum Schluss noch einmal auf diesen Ort zurückkommen.

Die Synagoge in der Klosterstraße wurde 1938 zerstört. Die Gemeinde verlor ihren Gottesdienstort. Nach der Schoah entstand ein neues Gotteshaus. Seit 1961 gibt es diese Synagoge wieder als sichtbaren Ort jüdischen Lebens in Münster.

Das ist eine Geschichte von Gewalt und Verlust. Aber es ist auch eine Geschichte von Beharrlichkeit, von Neubeginn und von Menschen, die sich das Recht auf jüdisches Leben nicht nehmen ließen.

Unsere Aufgabe ist es, dieses Leben nicht nur zu erinnern, sondern seine

Gegenwart zu achten und seine Zukunft zu sichern.

Wir müssen uns erinnern, damit wir sehen können. Und wir müssen hinsehen, damit wir handeln können.

Vielen Dank.